

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995 Ausgegeben am 28. September 1995 215. Stück

645. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übermittlung von Anträgen auf Verfahrenshilfe
646. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts
647. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen
648. Kundmachung: Verlängerung des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse und Geltungsbereich
649. Vereinbarung zwischen der für das ADR zuständigen Behörde Luxemburgs sowie der Slowakischen Republik und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR betreffend die Beförderung von gefährlichen Gütern der Klassen 1 bis 9 nach und von Flughäfen
650. Vereinbarung zwischen der für das ADR zuständigen Behörde der Italienischen Republik und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über Verpackungen für Stoffe der Klasse 8, Ziffer 7 a)
651. Vereinbarung zwischen der für das ADR zuständigen Behörde von Spanien und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI) UN 2489
652. Vereinbarung zwischen der für das ADR zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR über die Beförderung von Stoffen der Klasse 3 Ziffer 61 c) in festverbundenen Tanks (Tankfahrzeugen), Aufsetztanks und Tankcontainern
-

645. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Übermittlung von Anträgen auf Verfahrenshilfe

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Spanien am 5. Juli 1995 als zentrale Behörde gemäß Art. 2 des Europäischen Übereinkommens über die Übermittlung von Anträgen auf Verfahrenshilfe (BGBl. Nr. 190/1982, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 418/1995) bestimmt:

„Dirección General de Codificación y Cooperación Jurídica Internacional“

(General Directorate of Codification and International Legal Cooperation

Ministry of Justice and of the Interior of Spain)

Vranitzky

646. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Spanien am 5. Juli 1995 als zentrale Behörde gemäß Art. 2 des Europäischen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts (BGBl. Nr. 321/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 606/1995) bestimmt:

„Dirección General de Codificación y Cooperación Jurídica Internacional“
(General Directorate of Codification and International Legal Cooperation
Ministry of Justice and of the Interior of Spain)

Vranitzky

647. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Irland am 31. Juli 1995 seine Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. Nr. 524/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 367/1995) hinterlegt.

Anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde hat Irland folgenden Vorbehalt erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Vorbehalt

Unter Bedachtnahme auf die Knappheit der Gefängniseinrichtungen behält sich Irland bei der Entscheidung über Ersuchen um Überstellung nach Irland

- a) das Recht vor, das Ausmaß der Überstellungen nach und von Irland im Lichte der Verfügbarkeit der Gefängnisplätze zu beschränken und
- b) wird den Grad der Verbundenheit des Antragstellers zu Irland als wesentliche Entscheidungsgrundlage berücksichtigen.

Erklärungen

1. Art. 3 Abs. 3

Irland schließt die Anwendung des in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehenen Verfahrens in Fällen aus, in denen Irland der Vollstreckungsstaat ist.

2. Art. 3 Abs. 4

Für die Zwecke dieses Übereinkommens bedeutet der Begriff „Staatsangehöriger“ in bezug auf Irland einen irischen Bürger oder jene Person, deren Überstellung nach Irland von Irland unter Berücksichtigung allfälliger enger Bindungen, die diese Person zu Irland hat, als angemessen betrachtet wird.

3. Art. 9 Abs. 4

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Art. 9 Abs. 4 kann Irland das Übereinkommen auch auf Personen anwenden, die in Spitälern oder anderen Einrichtungen auf Grund von Anordnungen angehalten werden, die durch Gerichte oder Tribunale in Ausübung ihrer Strafgerichtsbarkeit erlassen wurden.

Vranitzky

648. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Verlängerung des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse und dessen Geltungsbereich

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat der Internationale Juterat auf seiner vom 22. bis 25. April 1995 abgehaltenen 23. Tagung gemäß Art. 46 Abs. 2 des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse (BGBl. Nr. 576/1993) beschlossen, das Übereinkommen bis 11. April 1998 zu verlängern.

Weiteren Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zufolge haben nachstehende Staaten ihre Ratifikations- bzw. Genehmigungsurkunden zum Übereinkommen hinterlegt:

Staaten:

Datum der Hinterlegung der
Ratifikations- bzw. Genehmigungsurkunde:

Frankreich
Spanien

2. August 1994
22. November 1993

Ferner haben die Vereinigten Staaten am 21. März 1994 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ihren Rücktritt vom Übereinkommen gemäß dessen Art. 43 bekanntgegeben.

Vranitzky

649.

AGREEMENT

between the competent Authority for ADR in Luxemburg and the Slovakian Republic and the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria under marginal 2010 and 10 602 covering the carriage of dangerous goods of classes 1 to 9 to and from airports

(1) If dangerous goods of ADR Annex A are carried by road directly to or from an airport, and the transport operation meets all the requirements of the International Civil Aviation Organization's Technical Instructions for the Safe Transport of Dangerous Goods by Air, the following derogations from ADR may be applied:

1. Dangerous goods which may be accepted for carriage in accordance with the dangerous goods requirements of classes 1 to 9 mentioned in paragraph (1), but which may not be accepted for carriage in accordance with ADR Annex A, may be carried by road if the relevant above-mentioned requirements are complied with.
2. By derogation from marginal 2002, the accompanying documents (shipper's declaration) prescribed in the requirements mentioned in paragraph (1) may be used as transport documents within the meaning of ADR.
3. For goods classified under a collective heading in a particular Class, group texts may be used as instructions in writing in accordance with marginal 10 385 (2). The carrier shall give these instructions in writing to the vehicle driver, who shall keep them in the driver's cab during the journey.
4. All other provisions of ADR Annex B shall apply.

(2) In addition to the information prescribed, either the consignor or the carrier shall enter in the transport document:

"Carriage in accordance with marginals 2010 and 10 602"

(3) This Agreement shall apply to road transport operations to and from airports in Austria and other states signatory to this agreement.

Luxemburg, 5th July 1995

Competent Authority for ADR in Luxemburg:

Paul Schmit

Bratislava, 15th June 1995

Competent Authority for ADR in Slovakia:

Pavol Reich

Vienna, 21st August 1995

For the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria:

Kafka

(Übersetzung)

VEREINBARUNG

zwischen der für das ADR zuständigen Behörde Luxemburgs sowie der Slowakischen Republik und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR betreffend die Beförderung von gefährlichen Gütern der Klassen 1 bis 9 nach und von Flughäfen

(1) Werden gefährliche Güter gemäß Anhang A des ADR auf der Straße direkt nach oder von einem Flughafen befördert und entspricht die Beförderung allen Vorschriften der Technischen Anweisungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation für den sicheren Lufttransport gefährlicher Güter, so sind die folgenden Abweichungen vom ADR anwendbar:

1. Gefährliche Güter, die gemäß den im Absatz 1 erwähnten Gefahrgutvorschriften für die Klassen 1 bis 9, jedoch nicht gemäß Anhang A des ADR befördert werden dürfen, dürfen auf der Straße befördert werden, sofern die entsprechenden vorerwähnten Vorschriften eingehalten werden.
2. Abweichend von Rn. 2002 dürfen die in den in Absatz 1 erwähnten Vorschriften verlangten Begleitpapiere (Versendererklärung) als Beförderungspapiere im Sinne des ADR verwendet werden.
3. Für unter eine Sammelbezeichnung einer bestimmten Klasse fallende Güter dürfen Gruppentexte als schriftliche Weisungen gemäß Rn. 10 385 (2) verwendet werden. Der Beförderer hat diese Weisungen in schriftlicher Form dem Fahrzeuglenker zu übergeben. Dieser hat sie während der Fahrt im Führerhaus aufzubewahren.
4. Alle übrigen Vorschriften des Anhangs B des ADR sind einzuhalten.

(2) Zusätzlich zu den vorgeschriebenen Angaben hat entweder der Absender oder der Beförderer im Beförderungspapier folgenden Vermerk einzutragen:

„Beförderung vereinbart gemäß Rn. 2010 und 10 602 ADR“.

(3) Diese Vereinbarung gilt für Straßenbeförderungen nach und von Flughäfen in Österreich und allen anderen Staaten, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben.

Luxemburg, am 5. Juli 1995

Die für das ADR zuständige Behörde von Luxemburg:

Paul Schmit

Preßburg, am 15. Juni 1995

Die für das ADR zuständige Behörde der Slowakischen Republik:

Pavol Reich

Wien, am 21. August 1995

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Die Vereinbarung ist mit 21. August 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

650.

AGREEMENT

between the competent authority for ADR of the Italian Republic and the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria under Marginal 2010 of ADR concerning packagings for substances of Class 8, item 7 (a)

(1) By derogation from the provisions of marginal 2805 (1) (d) of ADR Annex A, substances of Class 8, 7° (a) may also be carried in road transport in single packagings where:

- the packaging is a plastics drum of not more than 250 litres capacity conforming to Marginal 3526 (1H1).

(2) The consignor shall certify the compatibility of the substances with the materials used in the manufacture of the drums.

(3) The drums shall be carried in freight containers, or on road trailers provided with side boards and tail board, to offer additional protection up to the full height of the drums being carried. When carried on road trailers, the drums shall not be loaded on top of the other cargo, nor shall other cargo be loaded on top of the drums.

(4) In all other respects the relevant requirements of ADR shall be followed.

(5) In addition to the details prescribed in ADR, the consignor shall include the following entry in the transport document:

“Carriage agreed under the terms of Marginal 2010 of ADR”

(6) This agreement applies to transport operations between all the countries signatory to this agreement. It will expire on the date of entry into force of provisions in ADR relating to such transport operations.

Rome, 13th July 1995

Competent Authority for ADR in Italy:

Dr. Roscetti

Vienna, 25th August 1995

For the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria:

Kafka

(Übersetzung)

VEREINBARUNG

zwischen der für das ADR zuständigen Behörde der Italienischen Republik und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über Verpackungen für Stoffe der Klasse 8, Ziffer 7 a)

(1) Abweichend von den Vorschriften der Rn. 2805, Abs. 1 d) der Anlage A des ADR dürfen Stoffe der Klasse 8, Ziff. 7 a) auch in Einzelverpackungen auf der Straße befördert werden, wenn die Verpackung ein Faß aus Kunststoff mit einem Fassungsraum von höchstens 250 l gemäß Randnummer 3526 (1H1) ist.

(2) Der Absender muß die Verträglichkeit der Stoffe mit den für den Bau der Fässer verwendeten Werkstoffen bestätigen.

(3) Die Fässer müssen in Containern oder auf Lastwagen befördert werden, die mit Seitenbords und Rückenbord versehen sind, um einen zusätzlichen Schutz in der vollen Höhe der beförderten Fässer zu bieten. Bei Beförderung auf Lastwagen dürfen die Fässer weder auf eine andere Ladung noch darf eine andere Ladung auf die Fässer geladen werden.

(4) Alle übrigen Vorschriften des ADR sind einzuhalten.

(5) Zusätzlich zu den im ADR vorgeschriebenen Angaben hat der Beförderer im Beförderungspapier folgenden Vermerk einzutragen:

„Beförderung vereinbart gemäß Rn. 2010 des ADR“.

(4) Diese Vereinbarung gilt für Beförderungen zwischen allen Staaten, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben. Sie tritt mit dem Datum außer Kraft, mit dem neue Vorschriften im ADR hinsichtlich dieser Beförderungen in Kraft treten.

Rom, am 13. Juli 1995

Die für das ADR zuständige Behörde Italiens:

Dr. Roscetti

Wien, am 25. August 1995

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Die Vereinbarung ist mit 25. August 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

651.

AGREEMENT

between the competent Authority for ADR in Spain and the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria under ADR marginal 2010 covering the carriage of UN 2489 diphenylmethane-4,4'-diisocyanate (MDI)

(1) By derogation from the provisions of ADR Annex A, marginal 2600 (1), diphenylmethane-4,4'-diisocyanate (MDI) classified under ADR Class 6.1, 19° (c) is not subject to the provisions of ADR.

1. Information in the transport document

In addition to the information already prescribed, the consignor shall enter in the transport document:

“Goods not subject to Class 6.1” and “Carriage agreed under the terms of ADR marginal 2010”

(2) This agreement applies to carriage between all countries which have signed this agreement. It will expire not more than 5 years from the date of its entry into force or when a corresponding amendment to ADR enters into force, whichever is sooner.

Madrid, 3rd August 1995

Competent Authority for ADR in Spain:

M. P. López

Vienna, 25th August 1995

For the Federal Minister of Public Economy and Transport of the Republic of Austria:

Kafka

(Übersetzung)

VEREINBARUNG

zwischen der für das ADR zuständigen Behörde von Spanien und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI) UN 2489

(1) Abweichend von den Vorschriften der Anlage A des ADR, Rn. 2600 (1) wird Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI) der Klasse 6.1, Ziffer 19 c) nicht den Vorschriften des ADR unterstellt.

1. Angaben im Beförderungspapier

Der Versender hat zusätzlich zu den erforderlichen Angaben folgenden Vermerk im Beförderungspapier einzutragen:

„Kein Gut der Klasse 6.1“ und „Beförderung vereinbart gemäß Rn. 2010 des ADR“.

(2) Diese Vereinbarung gilt für Beförderungen zwischen allen Ländern, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben. Sie läuft aus spätestens fünf Jahre, nachdem sie in Kraft getreten ist, oder wenn eine entsprechende Änderung zum ADR in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

Madrid, am 3. August 1995

Die für das ADR zuständige Behörde von Spanien:

M. P. López

Wien, am 25. August 1995

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Die Vereinbarung ist mit 25. August 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

652.

ACCORD

entre l'Autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre Fédéral de l'Économie Public et des Transports de la République d'Autriche au titre des marginaux 2010 et 10 602 de l'ADR relatif au transport des matières de la classe 3, 61°C dans des citernes fixes (véhicules-citernes), citernes démontables et conteneurs-citernes

(1) Par dérogation aux prescriptions des marginaux 10 220, 10 221 et 10 251 ainsi que des appendices B.1a et B.1b de l'ADR, les citernes fixes (véhicules-citernes), citernes démontables et conteneurs-citernes construits avant le 30 juin 1995 et qui ne sont pas conformes aux prescriptions de l'ADR en vigueur à partir du 1^{er} janvier 1995, mais qui ont été construits selon les prescriptions nationales en vigueur jusqu'à cette date, pourront encore être utilisés après cette date pour le transport des matières de la classe 3, 61°C).

(2) En sus des indications prescrites selon l'ADR, l'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention suivante:

« Transport convenu aux termes des marginaux 2010 et 10 602 de l'ADR ».

(3) Le présent accord entrera en vigueur le jour de sa signature par la deuxième partie contractante. Il s'applique aux transports effectués entre la République fédérale d'Allemagne et les parties contractantes de l'ADR ayant signé cet accord. Cet accord est applicable jusqu'à sa révocation par une des parties contractantes; au demeurant, sa durée de validité sera déterminée par les dispositions du marginal 2010 de l'ADR.

Bonn, le 19 juillet 1995

L'Autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne:

Le Ministère des Transports:

Giemula

Vienne, le 28 août 1995

Pour le Ministre Fédéral de l'Économie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

Kafka

(Übersetzung)

VEREINBARUNG

zwischen der für das ADR zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR über die Beförderung von Stoffen der Klasse 3 Ziffer 61 c) in festverbundenen Tanks (Tankfahrzeugen), Aufsetztanks und Tankcontainern

(1) Abweichend von den Vorschriften der Rn. 10 220, 10 221, 10 251 sowie der Anhänge B.1a und B.1b des ADR dürfen festverbundene Tanks (Tankfahrzeuge), Aufsetztanks und Tankcontainer, die vor dem 30. Juni 1995 gebaut wurden und nicht den ab 1. Januar 1995 geltenden Vorschriften des ADR entsprechen, jedoch nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden nationalen Vorschriften gebaut wurden, weiter für die Beförderung von Stoffen der Klasse 3 Ziffer 61 c) verwendet werden.

(2) Im Beförderungspapier hat der Absender zusätzlich zu den sonstigen nach dem ADR vorgeschriebenen Angaben zu vermerken:

„Beförderung vereinbart nach Rn. 2010 und 10 602 des ADR“.

(3) Die Vereinbarung tritt am Tage der Unterzeichnung durch die zweite Vertragspartei in Kraft. Sie gilt im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den ADR-Vertragsstaaten, die diese Vereinbarung unterzeichnet haben. Diese Vereinbarung gilt bis auf Widerruf durch eine der Vertragsparteien; im übrigen richtet sich die Geltungsdauer nach Rn. 2010 des ADR.

Bonn, am 18. Juli 1995

Die für das ADR zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland:

Das Bundesministerium für Verkehr:

Im Auftrag:

Giemula

Wien, am 28. August 1995

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Die Vereinbarung ist mit 28. August 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky